



His Master's Noise

Buri Dänu, den kennt jeder. Das ist der Gitarrengott, der die Rockmusik ins Schangnau gebrungen und das legendäre Feschival «Out in the Kraut» aus den Fingern gedreht hat. Und genau dieser Buri Dänu inschripierte mich zur heutigen Kolumne. Mit seinem Bestseller: «Katzen quälen – leicht gemacht.». Ich halte mich für einen Durchschnittsbürger. Mittleres Einkommen, überschaubare Intelligenz, zehn Kilo Übergewicht. Wenn ich wähle, dann nach dem Prinzip der Betroffenheit. Betroffen hat mich in den letzten vier Jahren

Langnau wählen – leicht gemacht

nur die Sporthalle im Oberfeld. Damit wir uns richtig verstehen: Es geht nicht um eine bereits bestehende, sondern seit 50 Jahren zu bauende Sporthalle. Seit 50 Jahren wollen sie alle, und keiner baut sie. Das findest du komisch? Da kennst du aber die Langnauer schlecht. Ich fürchte, du kennst nicht mal Buri Dänu.

Weil auch die letzten acht Gemeinderäte und 40 Parlamentarier die Halle wollten, aber nicht bauten, wähle ich sie ab. Alles weitere ergibt sich aus dem zweiten Wahlprinzip: Wen der Bauer nicht kennt, wählt er nicht. Am besten kenne ich meine ehemaligen SchülerInnen. Joschi, Sämu, Flo, Simu, Anina ... Gratuliere zur Wahl. Moment: Wenn ihr in der falschen Partei seid, muss ich euch wieder streichen. Eine Partei, deren Namen ich hier nie zu erwähnen geschworen habe, schreibt zum Beispiel, sie wähle Toni Rösli zum Gemeindepräsidenten. In Tat und Wahrheit wählt sie systematisch den Sozi. Ein solcher Verrat übersteigt meine gutbürgerliche Vorstellungskraft. Zwei andere Parteien legen ihr Schicksal in die Hände ihres Herrn. Meine Herren, von einem irdischen Politiker erwarte ich die Kraft eigenen Denkens.

Langnau wählen – leicht gemacht. Erst bei der Wahl des Gemeindepräsidenten geraten meine Prinzipien ins Wanken. Antener oder Rösli? Beide wollten die Sporthalle, beide haben sie vergeigt. Rösli will gar keine richtige Halle, sondern nur einen Turnschuppen für den militärischen Vorunterricht. Antener kenne ich wenigstens. Er hat's mit den Hallen, und sein Sohn ging bei mir zur Schule. Ich glaube, ich frage mal Buri Dänu.

Andreas Aebi

Familieninitiative der SVP:

Die Folgen bedenken – deshalb: Nein

Sie wohnt an der Bernstrasse in Burgdorf, ist Mitglied der SVP, Nationalrätin, erwarb in der Ausbildung den Titel einer Führungsfachfrau FA und leitet in Bremgarten eine Kinderkrippe. In dieser Position gilt Nadja Pieren in ihrer Partei als Sachverständige in Erziehungsfragen, und darum setzen die Parteistrategen sie jeweils als Wortführungsfachfrau den rauen Winden eines Abstimmungskampfes aus, wenn es um Familien- und Krippenfragen geht. Das tut sie, wir stellen das mit gebührendem Unwohlwollen fest, durchaus erfolgreich, konnte doch die nationale Rechte in diesem Frühling dank des Ständemehrs ihren Teufel in Gestalt einer Förderung von Krippenplätzen durch den Bund vertreiben. Am 24. November geht es um den ähnlichen Themenbereich, der dieses Mal von der SVP als Fordernde angegangen wird.

Die Initiative

Seit dem 1. Januar 2011 können Eltern in ihrer Steuererklärung einen Teil der Fremdbetreuungskosten wegen ihrer Kinder in Abzug bringen. Das heisst also, dass Auslagen für den Besuch von Krippen bei den zahlreich Betroffenen zu einer etwas freundlicheren Steuerabrechnung beitragen. Das Gesetz schreibt vor, dass der Maximalabzug beim Bund 10000 Franken betrage, die Kantone legen die Abzüge selber fest, im Kanton Bern beträgt der Satz für die Kantons- und Gemeindesteuern 3100 Franken.

Eine SVP Nationalrätin aus dem Aargau beurteilt dieses System als «ausufernd», und ihre Burgdorfer Kollegin nennt es «ungerecht», denn dabei gingen jene Eltern vergessen, welche ihre Kinder zu Hause selber betreuen. Hier setzt die SVP an: Die Partei fordert mit ihrer Initiative, dass auch diese Eltern steuerlich entlastet werden, und zwar so, dass man ihnen auf Bundes- und Kantonsebene einen mindestens gleich hohen Abzug gewährt. Es geht somit um die Unterstützung von Familien, somit sympathisch – oder ?

Selbst- und Fremdbetreuung

Die moderne Gesellschaft kennt zahlreiche Familien- und Erziehungsmodelle. Viele pflegen das traditionelle Modell mit dem Mann (seltener der Frau), der mit seiner beruflichen Tätigkeit für das Einkommen zuständig ist und der Frau, welche das Hauswesen besorgt. Verdienste von zum Beispiel 5000 Franken pro Monat genügen in der Regel jedoch nicht, um die grundsätzlichen Bedürfnisse einer mehrköpfigen Familie zu decken. Diese ist somit auf einen zweiten Einkommenszweig angewiesen. Dann will vielleicht die zu Hause tätige Person aus anderen Gründen die Verbindung zum gelernten Beruf nicht abreißen lassen und übt darum eine Teilzeitbeschäftigung aus. In allen diesen Fällen ist eine Kinderbetreuung zu organisieren. Nach Möglichkeit werden die Grosseltern eingespannt, oder es führen Vereinbarungen mit anderen Verwandten, mit Nachbarn oder Freunden zu einer Lösung. Doch

wo das nicht möglich ist, muss der Besuch einer Krippe, einer Tagesschule oder einer andern Institution in Anspruch genommen werden. Diese Notwendigkeit besteht zudem noch vermehrt dort, wo Kinder nach Ehetrennungen oder -scheidungen bei einem Elternteil aufwachsen, und bei allein erziehenden Müttern (oder auch seltener auch Vätern). Alle diese Modelle sind aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken, es liegt uns ferne, sie gegeneinander auszuspielen. Doch Krippenplätze kosten. Sie wären ohne Steuerreduktion für viele weniger Begüterte wohl unerschwinglich

Nein zur Initiative

Mit der Initiative geht es der SVP nicht nur um Gerechtigkeit, sondern auch um ihre Familienpolitik, mit der sie das zuerst erwähnte traditionelle Modell favorisiert, die Zahl der Krippenplätze im Endeffekt zu reduzieren anstrebt und das Rad der Zeit wieder einmal zurückdrehen will. Das ist schliesslich eine Ansichtssache, die wir zwar so nicht teilen (persönliche Erfahrungen fallen mit dem Familienmodell als auch mit der Förderung von Kindern in Krippen positiv aus), über die wir uns an dieser Stelle aber nicht ausführlicher äussern wollen. Beschränken wir uns daher in der Begründung für die Ablehnung auf die finanziellen Auswirkungen bei den Kassen der öffentlichen Hand, die wären nämlich nicht erfreulich: Eine Annahme der Initiative führt beim Bund zu Einkommensverlusten von knapp 400 Millionen Franken. Diese jährlich wiederkehrende Reduktion liesse sich zwar während einer längeren Phase mit dem Anschaffungsverzicht auf die 22 Militärflugzeuge, welche etwas über 3 Milliarden Franken kosten werden, kompensieren. Schon heute steht fest, dass uns die SVP im Abstimmungskampf vom nächsten Frühling demonstrieren wird, dass ihnen die Grippe wichtiger sind als die Krippen. Keine Kompensationsmöglichkeit steht dem Kanton Bern zur Verfügung. Der Ausfall weiterer 60 Millionen an Steuereinnahmen wäre fatal, wir erinnern nur an die Folgen der durch das Volk beschlossenen Steuerreduktionen. Und unser Langnau? Legen wir doch auch in Sorge um unsere gebeutelte Gemeindekasse ein Nein in die Urne.

Martin Jäggi

ABSTIMMUNG VOM 24. NOVEMBER 2013

Abstimmungsparolen

<u>Bund</u>	
SVP-Familieninitiative	NEIN
Initiative «1:12 – Für gerechte Löhne»	JA
Änderung Nationalstrassenabgabegesetz	STIMMFREIGABE
<u>Kanton</u>	
Einbürgerungsinitiative der JSVP	NEIN
<u>Gemeinde</u>	
Vorschlag 2014	JA